

Die Zeitungsdruckerei

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 217 Nr. 62/105

Bezugspreis: vom 1.-15. 6. 1924 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefkägen und unter Nachnahme entgegen. — **Einzelheft** enthält den Preis von 10 Pfennig.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 24 mm breite mm-Spaltenbreite: 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 5 Pfennig. Familien-Anzeigen 3 Pfennig. Die 8 Spalten 24 mm breite mm-Spaltenbreite: 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 5 Pfennig. Familien-Anzeigen 3 Pfennig. Die 8 Spalten 24 mm breite mm-Spaltenbreite: 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 5 Pfennig. Familien-Anzeigen 3 Pfennig.

Sonnabend, 3. Mai 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Nr. Karlsruherstr. 2390. Eigene Berliner Vertriebsleitung. — Druck von Otto Uhle, Halle-Saale

Warum England die Militärkontrolle unterstützte

Die deutschen Sozialisten in Ententendiensten

Die Antwort der Botschafterkonferenz erst nach den Wahlen

Paris, 2. Mai. Die Morgenpresse bestätigt, daß die Antwort der Botschafterkonferenz auf die letzte deutsche Note in der uferungsfrage erst nach den deutschen Wahlen, also in ungefähr einer Woche, nach Berlin geschickt werden wird.

Zur Wahlpolitik der Entente

Berlin, 2. Mai. Nach unserer Berliner Schriftleitung. Nach nachdem die englische Regierung ihre bekannte Schwankung in der Stellungnahme zur Militärkontrolle in Deutschland vorgenommen hatte und pöchtig im Gegensatz zu ihrem bisherigen Urteil für eine Fortsetzung der verhängnisvollen Kontrollpolitik eingetreten war, nun bekannt geworden, daß dieser englische Meinungswandel auf inausgesprochenen Zusage, Demunitionen und Interventionen durch britische Geheimagenten bei der englischen Arbeiterpartei zurückzuführen ist. Jetzt wird darüber berichtet, daß auf Veranlassen der deutschen Botschafterkonferenz auch in dem sozialdemokratischen Lager Englands seinen Einfluß dahin geltend gemacht hat, daß die oben erwähnte Note der Botschafterkonferenz über die Fortsetzung der Militärkontrolle in Deutschland erst nach den deutschen Wahlen versandt werden, um in Deutschland keine Geringe Krupen zu rufen. Die nach den Wahlen bevorstehende Note soll nach dieser Information die kategorische Mitteilung enthalten, daß die Botschafterkonferenz die militärische Kontrolle **billigt nicht annehmen** werde und daß ihr augenblickliches Verhalten nicht als Teilnahme an der bisherigen ablehnenden Haltung Deutschlands aufgefaßt werden darf. Ein weiteres Beispiel dafür, welches Interesse Frankreich an der Verhinderung eines Wegganges der nationalen Parteien in Deutschland hat und wie in den letzten Wochen alle politischen Handlungen auf wirtschaftliche Unterstellungen der Botschafterkonferenz abgestellt waren, sieht man finden und die deutschen Ententeparteien, die sich links, haben es während ihrer Wahlpropaganda tatsächlich fertiggebracht, sich auf das Wohlwollen der Entente zu berufen.

Die getreuen Helfer Poincaré

Berlin, 2. Mai. (Von unserer Berliner Schriftleitung.) Der Zeitung der Auslandskorrespondenten „Die Weltanschauung“ wird am 2. Mai unter der Überschrift „Die Weltanschauung“ unter dem Titel „Wirtschafts- und politische Lage in Frankreich“ ein Artikel veröffentlicht, der die Verwertung des Experten-Gutachtens schildert. Danach ist auch in dieser Beziehung von sozialistischer und sozialdemokratischer Seite sehr viel Besorgnis geäußert worden. Die Botschafterkonferenz hat in der letzten Sitzung am 2. April seine Beschlüsse mit Zustimmung in der Arbeitsaufsicht der Einzelbestimmungen über die Frage des Wahlprogramms eingelegt. Man habe vor allem über die Frage der 50-Milliarden-Dollarsobligationen gesprochen und dabei keine von linker Seite der maßgeblichen Parteien gemacht worden zu sein, die Politik der Garantien für diese Obligationen noch weiter auszubauen. Man sei aber über diesen Gedanken, der eine Belastung noch weiterer Wirtschaftsschichten bedeuten würde, als es selbst in den Sachverständigen-Gutachten vorgesehen ist, zur Tagesordnung übergegangen. (1)

Kritik an Poincaré

Paris, 2. Mai. „L'Europe“ schreibt: In dem Augenblick, in dem sich die ganze Welt um den Frieden bemüht, bleibt immer noch ein Mann, der unzufrieden ist, diese Pflicht zu übernehmen. Der Herr Poincaré hat die Beschlüsse der Entente nicht gehalten, aber dieses Mal scheint ihm nicht die Verantwortung anzuhaften zu wollen, welche die Durchführung der Sachverständigen-Gutachten behindern müßten und damit auch die Unterzeichnung der internationalen Abträge. Selbst die schärfste internationale öffentliche Meinung, welche die französische öffentliche Meinung ist, wenn Frankreich den Plan Dames schottieren wollte, dann würden Belgien, Italien und Großbritannien sich dem widersetzen. Einem wie er sich um den Sachverständigenbericht kümmert, kümmert er sich um den Vertrag von Versailles. „L'Europe“ tadelt die Politik Poincarés. Das Vorgehen der französischen Regierung im Ruhrgebiet, sagt das Blatt, habe in Deutschland fast eine nationale Krise zur Folge gehabt. Das Eingreifen der Sachverständigen habe in Deutschland, aber die in die Ferns gerichtete Besatzung im Ruhrgebiet, wenn Frankreich den Bericht Dames akzeptiert. Für Frankreich sei es traurig, festzustellen, daß die französische Politik, die ehemals alle Völker, die die Demokratie wollten, geführt habe, heute als die Hauptursache einer reaktionären Bewegung in Mitteleuropa dastünde. Und darum muß am 4. Mai die Parole „wirft deutsche nationale“ laut werden. Nur dadurch können wir Poincaré und den ganzen Welt der Dames gegenüber zeigen und Poincaré der Führer Europas ist. Eine Regierung, wie die bisher war, würde nur beweisen, daß Poincaré mit seiner Politik recht hat.

Belgien und die Ruhrbesetzung

London, 2. Mai. Der Brüsseler Korrespondent der „Times“ schreibt, der Besuch der belgischen Minister in London und sein Einfluß auf die internationale Lage habe gestern nachmittags das Hauptgesprächsthema in den Wandelungen der belgischen Kammer und des belgischen Senats gebildet. Man sagt die Minister erklärt hätten, sie können nicht als Vermittler zwischen Großbritannien und Frankreich zum britischen Premierminister, so sei doch die allgemeine Ansicht, daß sie in der Lage seien könnten, den französischen und den belgischen Standpunkt über detailreiche wichtige Fragen wie die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhandeln. Für Belgien sei die Besetzung des Ruhrgebietes stets Mittel und nicht Zweck gewesen. Die belgischen Truppen würden nicht einen Tag länger als notwendig im Ruhrgebiet bleiben. Sobald greifbare Garantien durch Deutschland gegeben worden seien, und zwar hauptsächlich Garantien in materieller Hinsicht, werde das unqualifizierte Meinungs im Ruhrgebiet sofort verändert werden. Es bestünde kein Zweifel, daß Deutsches und Humans hoffen, Macdonald zu sehen, daß Großbritannien eine große Rolle bei der Herbeiführung der gewünschten Verständigung spielen könne. Das Problem der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, wie sie von den Sachverständigen geplant sei, werde sicher in Chequeurs aufgeworfen werden, ebenso die Fragen der interalliierten Schulden und der geplanten deutschen auswärtigen Anleihe, wie die Wirtshaft der Vereinigten Staaten bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, die Belgien für so gut wie ununterschiedlich hält.

Beteiligung Japans an der Währungsreform

London, 2. Mai. Einer Neutermelbung aus Tokio zufolge hat die japanische Regierung beschlossen, an der Errichtung der geplanten deutschen Währungsreform teilzunehmen. Der Einfluß der Bank von England, die mit 500 000 Pfund zu vertreten, bedingt die Regierung durch Verkauf von Barzahl im Auslandes stattzugeben.

Bedrohliche Wirtschaftslage in Polen

Berlin, 2. Mai. Von der polnischen Grenze wird uns geschrieben: Die innere Lage in Polen ist zurecht ganz außerordentlich gespannt. Die ständigen Worte, mit denen der polnische Staatspräsident anlässlich der Eröffnung der Konferenz in Warschau den günstigen Stand der polnischen Wirtschaft rühmte, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die polnische Regierung bei ihren Versuchen, die verfallene Finanzlage zu ordnen und das Budget von Auslandskreditierungen unabhängig zu solvieren, auf nahezu unüberwindliche Widerstände stößt. Die Erdrüttung meiste Volksteile wegen der wirtschaftlichen Forderung und richtungslosen Einteilung der Steuern für das Vorjahr ist riesenhaft. In Warschau soll es zu Ausschreitungen gekommen sein, in deren Verlauf Vertreter der rechten Behörden von der empörten Landbevölkerung gelüht wurden. Der polnische Minister Krumgarn in Warschau hat mit 88 000 Dollar besetzt worden; nachdem er den Termin für die erste zu zahlende Rate hatte verschieben lassen, ist er kurz vor dem zweiten Termin mit seiner Frau ins Ausland gegangen. Sein Besitz wurde konfisziert. Die Steuerbeträge sind so hoch, daß die meisten Firmen je auch dann nicht aufbringen können, wenn sie ihren ganzen Besitz veräußern würden. — Anfolge der Geldknappheit konnten bereits seit mehr als drei Wochen weder an Beamte noch an Privatangestellte und Arbeiter die vollen Gehälter und Löhne ausgezahlt werden.

Schweden und die deutsch-dänischen Beziehungen

Kopenhagen, 2. Mai. Die Bürgermeister Lindbogens-Intervention im schwedischen Reichstag, die schleswig-holsteinische Frage betreffend, beschäftigt alle skandinavischen Völker. Lindbogen, dessen Intervention mit 81 gegen 18 Stimmen abgelehnt wurde, erhielt später im Reichstag das Wort und erklärte, daß die Zustimmung als Grundprinzip festzulegen. An manchen anderen Stellen sei man jedoch nicht glücklich offen über Beziehungen fremder Staaten zu sprechen. Im Reichstag wurde ihm geantwortet: Der natürliche Weg für ein Eingreifen von schwedischer Seite wäre, die Aufmerksamkeit der Völkerbundes auf die betreffende Frage zu lenken. „Schleswig“, das Organ der dänischen Zentrum-Links-Partei, schreibt hierzu: Herr Lindbogen ist Sozialist. Aber dieser Mann war stets ein warmer Fürsprecher für das Recht der Schleswiger, und er hat in den letzten Jahren oft sein Wort für den Dänen genommen, um die berechtigten Ansprüche Dänemarks zu schützen. Keiner hat jemals behauptet, daß es nicht aus christlichen Beweggründen gelte. Die Dänen haben

bestehend gelernt, Lindbogen als einen guten, aufrichtigen Freund zu schätzen. Das dänische Regierungsgeschäft „Sozialdemokraten“ schreibt über Lindbogens-Intervention nur bedauert werden kann als ein ganz unverantwortlicher Ausbruch, der das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark nicht zu beeinflussen vermöge. Lindbogen ist ein idealistischer Konfusionsmager, der oft wenig Sinn für politische Tatsachen gezeigt hat. „Der linke Abend“ schreibt: „Es ist nicht möglich, daß ein Dänemark unter nationale Sozialdemokraten, als es am allergeringsten wäre. Man verdammt man die gefüglichen Worte „Deutschlands Weg zu dem Segen Schleswig-Holsteins muß über eine gerechte Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gehen“.

Dänemarks Abrüstung

Kopenhagen, 2. Mai. Es hat allgemeines Erstaunen erregt, daß der Premierminister Stanning in seiner gestrigen Rede in der Reichstag keine Wort über die militärische Abrüstungsfrage fallen ließ, wo doch sonst so gut wie alle anderen Fragen Punkt für Punkt aufgeführt wurden. Gleichzeitig aber, oder wenige Stunden darauf, hat sein sehr impulsiver Verteidigungsminister nicht mit den Zukunftsplänen der sozialdemokratischen Regierung hinter dem Berge halten können, und er hat laut und deutlich ausgeprochen: „Zum Herbst werden wir dem Reichstag die Abrüstung Dänemarks vorlegen. Die Durchführung einer Politik, welche zu Land und zur See ist unter Ziel. Die letzte Militärordnung istet ebenfalls so viel wie unsere Vorlage. Wenn das Landhing überlegen Plan vorliegt, wird er den Wählern zur Abstimmung vorgelegt werden. Die militärischen Leistungen in diesem Herbst können laut Gesetz bis zum nächsten Jahre verschoben werden. Jedes Gesetz werden wir benutzen. Mit sein Verstander und sein Herbeimort mehr aus Irland, so bald wir unsere Verhandlungen diesbezüglich enthalten sind, eigene Redezeit über Dänemark von Frieden, die hier im Lande sind. Im Herbst kann Dänemark sich also auf eine sehr bewegte Zeit rufen.“

Die angeblichen Hintermänner des Rathenau-Mordes

Berlin, 2. Mai. Einige Morgenblätter bringen Mitteilungen über die angeblichen Hintermänner des Rathenau-Mordes und behaupten, daß diese in den Kreisen des Altsächsischen Verbandes zu finden seien. Durch neue Ermittlungen sei festgestellt worden, daß ein Berliner Kaufmann immer behauptet, der ein Vertrauensmann des Altsächsischen Verbandes sei. Die Finanzierung des Unternehmens habe der Fürsprecher Hoffmann in Bern befohlen, durch dessen Hände noch heute die Unterhaltungs-gelder für die höchsten Erbherrn-Wörter Schulz und Willen gingen.

Zu diesen Mitteilungen erklären Hauptstelle und Geschäftsstelle des Altsächsischen Verbandes, daß ein Fürsprecher Hoffmann in Bern nicht Mitglied des Altsächsischen Verbandes ist und daß auch keinerlei Beziehungen zu ihm bestehen, ferner daß kein Berliner Kaufmann bekannt ist, der irgendeine als Mitglied oder Vertrauensmann des Altsächsischen Verbandes mit dem Rathenau-Mord in Verbindung gebracht werden könnte. Soweit der Altsächsischer Verband in Frage komme, unterstützen alle diese Behauptungen jeder tatsächlichen Unterlage.

Von der zuständigen Berliner Stelle, dem Leiter der Politischen Polizei, wird uns hierzu noch erklärt, daß auf Grund der seinerzeit angefallenen monotonen Ermittlungen kein einziger Anhaltspunkt dafür bestünde, daß der Altsächsischer Verband mit dem Rathenau-Mord auch nur das Geringste zu tun habe. Einem wie ich bei der Politischen Polizei etwas davon bekannt, daß zurecht in dieser Richtung Ermittlungen schwächen, bzw. daß diese angeblichen Ermittlungen das Ergebnis gewesen hätten, wie es in den fraglichen Mitteilungen behauptet wird.

Wenn weiterhin behauptet wird, daß die Angelegenheit bereits dem Oberreichsanwalt beschäftigt, so könnte es sich demnach nur um Angaben von privater Seite handeln.

Siegfried Wagner aus Amerika zurückgekehrt

Berlin, 2. Mai. Siegfried Wagner und seine Gattin Minnie sind gestern von ihrer Amerika-Reise zurückgekehrt und in der Villa Manfried in Barzuth eingetroffen. Am 5. Mai wird Siegfried Wagner in Barzuth im öffentlichen Vortrag über Eintrübe, Erlebnis und Erfolge seiner Reise berichten.

Amerikanische Diffidone von chinesischen Banditen überfallen

Kanton, 2. Mai. Nach einer Meldung aus Hongkong sind eine Reihe amerikanischer und chinesischer Diffeiter beim Überqueren der Grenze bei Wang-Chan überfallen worden. Die Diffeiter wurden völlig ausgeplündert und zwei chinesische Damen von den Banditen als Geiseln mitgenommen. Den französischen Behörden gelang es später, die Befreiung der beiden Frauen zu erwirken. Ferner wurde ein Teil des gestohlenen Eigentums an die Diffeiter zurückgegeben.

